

Niederschrift über die öffentliche Sitzung Fachausschusses Bau und Verkehr

Sitzungstag: 15.11.2016	Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr	Sitzungsende: 19:00 Uhr	Sitzungsort: Ortsamt Hemelingen Sitzungsraum 1. OG
----------------------------	------------------------------	----------------------------	--

Anwesend:

Vom Ortsamt:

Herr Jörn Hermening
Frau Silke Lüerssen

Vom Fachausschuss Bau und Verkehr:

Herr Ralf Bohr
Herr Walter Kerber
Herr Heinz Hoffhenke i. V. für Herrn Alfred Kothe
Frau Birgit Löhmann
Frau Christa Nalazek
Herr Gerhard Scherer

Als Gäste:

Frau Waltraud Otten (Beirat Hemelingen)
Frau Dove (Amt für Straßen und Verkehr, ASV)
Herr Wolf (Polizeirevier Hemelingen)
Herr Klauß (Antragssteller zu TOP 2)
Anwohner*innen / Bürger*innen

Tagesordnung:

- TOP 1: Niederschrift der Sitzung vom 11.10.2016
- TOP 2: Verkehrssituation Osternadel / Osterhop
- TOP 3: Ergebnisse / Planungen zum Falsch
- TOP 4: Bericht Ortstermin Bennigsenstraße und Feuerkuhle / Bertha-von-Suttner-Str.
- TOP 5: Planungen zur Umgestaltung Einmündung "Vor dem Esch" – Stiftungsdorf Arbergen auf die Arberger Heerstr.
- TOP 6: Planungen LKW-Nachtfahrverbot Mahndorfer Heerstr., Tempo 30, Verkehrsumlenkung Thalenhorststr. über Weserpark
- TOP 7: Beratung über Stadtteilbudget Verkehr
- TOP 8: Verschiedenes

Herr Hermening lässt über den mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung abstimmen. Dieser wird einstimmig als Tagesordnung genehmigt.

TOP 1 Niederschrift der Sitzung vom 11.10.2016

Die Niederschrift der Sitzung vom 11.10.2016 wird genehmigt.

TOP 2 Verkehrssituation Osternadel / Osterhop

Herr Hermening teilt einleitend mit, dass bzgl. der Verkehrssituation Osternadel / Osterhop div. Bürgeranträge von Herrn Klauß im Fachausschuss behandelt und vom ASV überprüft worden seien. Herr Klauß erklärt, dass er seinen Antrag vom 25.10.2016 zurückzieht und einen neuen Vorschlag für eine Verkehrsführung, der mit Anwohner*innen der Borgwardsiedlung abgestimmt sei, wie folgt formuliert:

- Es soll eine Einbahnstraßenregelung für den Osterhop geben (in Richtung Osterhop beginnend ab Neustadter Straße und endend bei Belmer- oder Philippsstraße. Um quartiersfremde Fahrzeughalter aus dem Quartier fernzuhalten.
- Es soll eine Einbahnstraßenregelung für die Straße Hinter den Ellern (in Richtung Osterhop geben
- Aufgrund der vielen Verkehre nahe der Grundschule am Osterhop sowie des Kinder- und Familienzentrum Osterhop regt er, dass die Polizei eine Aktion mit beiden Einrichtungen starten solle.

Herr Scherer merkt an, dass ein neuer Antrag auch eine neue Laufzeit für die Beantwortung mit sich ziehe. Frau Nalazek weist daraufhin, dass ortsfremde Fahrzeuge nicht mehr über das Kfz-Kennzeichen erkennbar sind, weil diese mittlerweile „mitgenommen“ werden können. Herr Bohr schlägt vor, dass ein Konzept erarbeitet werden soll mit dem Ziel quartiersfremde Verkehre aus dem Quartier fernzuhalten. Frau Dove erklärt, dass für eine konzeptionelle Bearbeitung der Verkehrsführung der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zuständig sei.

TOP 3 Ergebnisse / Planungen „Zum Falsch“

Frau Dove stellt anhand einer PowerPointPräsentation (Anlage 1) Maßnahmen zur Verhinderung von Geschwindigkeitsüberschreitungen vor, die auf einer Einwohnerversammlung am 05.09.2016 diskutiert und dem ASV zur Prüfung übersandt worden sind. Nach Vorstellung der Präsentation werden nach ausführlicher Diskussion folgende Maßnahmen beschlossen:

- Baken und Markierungen

Herr Hermening lässt über diesen Vorschlag der Verkehrsführung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (6 Ja-Stimmen, 0-Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)
Ergänzend wird aus dem Gremium mitgeteilt, dass eine Einengung der Fahrbahn zwar begrüßt vom Ortsamt jedoch beim ASV nachgefragt werden soll, ob es alternative Gestaltungen der Einengung gibt (Verkehrinsel mit evtl. Bepflanzung o.ä.).

- Verkehrszeichen „Anlieger frei“

Herr Hermening bittet um Abstimmung, ob diese verkehrsbeschränkende Maßnahme angeordnet werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (0 Ja-Stimmen, 6-Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

- Verkehrszeichen „Beschränkung auf 3,5 t“

Herr Hermening bittet um Abstimmung, ob diese verkehrsbeschränkende Maßnahme angeordnet werden soll.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (1 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

- Verkehrszeichen „vorgeschriebene Fahrrichtungen links und rechts“

Herr Hermening lässt über den Vorschlag aus dem Gremium abstimmen, dass ob die verkehrsbeschränkende Maßnahme in der Straße Zum Falsch / Thalenhorststraße angeordnet soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (6 Ja-Stimmen, 0-Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

- Rückbau der sog. Berliner Kissen

Herr Hermening lässt über den Vorschlag eines Rückbaus der sog. Berliner Kissen abstimmen. Aus dem Gremium wird verdeutlicht, dass bei einem positiven Ergebnis der Abstimmung die Kosten des Rückbaus nicht aus dem Stadtteilbudget finanziert werden sollen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt (3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Zum Ausbau der Bürgersteige / Gehwege teilt Frau Dove in ihrer Präsentation mit, dass „die finanziellen Mittel für einen derartigen Ausbau im ASV zurzeit nicht zur Verfügung stehen.“ Das Gremium bittet das Ortsamt um Nachfrage beim ASV hinsichtlich der Verkehrssicherheit aufgrund unbefestigter Seitensteifen sowie um Angabe der Kosten bei Herstellung eines vorschriftsmäßigen Bürgersteiges / Gehweges.

Zum Thema „Ampelschaltungen zur Thalenhorststraße / Mahndorfer Heerstraße“ und Verkehrsführung von der Thalenhorststraße in die Hans-Bredow-Straße wird aufgrund des stadtteilübergreifenden Bezuges eine gemeinsame Sitzung mit dem Beirat / zuständigen Fachausschuss Osterholz angeregt. Herr Hermening nimmt diesen Vorschlag auf.

TOP 4 Bericht Ortstermin Bennigsenstraße und Feuerkuhle / Bertha-von-Suttner-Straße

Ortstermin Bennigsenstraße

Frau Dove wird aufgrund der Begehung am 07.11.2016 und der heutigen Diskussion eine sog. Anhörung fertigen und dem Ortsamt übermitteln.

Ortstermin Feuerkuhle / Bertha-von-Suttner-Straße

Herr Christian Meyer (sachkundiger Bürger in den Fachausschüssen „Inneres und Sport“ sowie „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“) hat beim Ortstermin seinen Bürgerantrag (Anlage 2) vorgestellt sowie den unterstützenden Beiratsbeschluss vorgetragen (Anlage 3). Frau Dove teilt mit, dass sich dieser Beiratsbeschluss derzeit in der Schlichtung befinde und sie daher keine Auskünfte dazu geben kann.

TOP 5 Planungen zur Umgestaltung Einmündung „Vor dem Esch“ – Stiftungsdorf Arbergen auf die Arberger Heerstraße

Das Gremium beschließt nach ausführlicher Diskussion folgenden Prüfauftrag an das ASV:
Das ASV wird um Prüfung gebeten, ob die Einführung einer Einbahnstraßenregelung möglich sei.
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (4 Ja-Stimmen, 0-Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Abschließend lässt Herr Hermening über einen aus dem Gremium vorgetragenen Prüfauftrag zur Einführung von Tempo 30 auf der Arberger Heerstraße abstimmen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt (2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 6 Planungen LKW-Nachtfahrverbot Mahndorfer Heerstr., Tempo 30, Verkehrsumlenkung Thalenhorststraße über Weserpark

Vom Gremium wird nach ausführlicher Diskussion auf Vorschlag von Herrn Bohr ein Gutachten zur dortigen verkehrlichen Situation gefordert.

Herr Hermening lässt über diesen Vorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 7 Beratung über Stadtteilbudget Verkehr

Dem Stadtteil steht jährlich ein Budget von rund 70.000 € zur Verfügung. Das Gremium kommt überein, in den Fraktionen über in Frage kommende verkehrliche Maßnahmen zu beraten und diese anschließend in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln.

TOP 8 Verschiedenes

Antwort der Ressorts auf den Beschluss zum Sacksdamm / Alte Landwehr vom 11.08.2016

Auf den vom Beirat am 11.08.2016 gefassten Beschluss ist folgende gemeinsame Antwort vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport im Ortsamt eingegangen:

*1) Der Beirat Hemelingen fordert die Unterstützung der Anwohner*innen der Straßen Am Sacksdamm und Alte Landwehr durch die Baubehörde bei der Durchführung Ihrer Mieter- und Bürgerinteressen, die Beibehaltung der Sozialen Netzwerke für dort wohnende Kinder und Erwachsene und den Einsatz der Sozialbehörde für deren Interessen. Des Weiteren wird die bauliche Aufwertung des Quartiers mit Bewohnerbeteiligung und Beteiligung des Beirates durch die VONOVIA eingefordert. Diese darf die bisherigen langjährigen Bewohner*innen nicht vertreiben. Der Beirat würde es zudem begrüßen, wenn die GEWOBA als Eigentümerin der Nachbarimmobilien die beiden Straßenzüge mit in Ihren Bestand aufnehmen könnte, da der Beirat davon eine nachhaltigere Entwicklung erwartet.*

Für das im Beschluss genannte Gebiet ist durch die VONOVIA als Grundstückeigentümerin vorgesehen, die bestehende Siedlung komplett zurückzubauen und durch eine mehrgeschossige Neubebauung zu ersetzen. Der Abbruch der Siedlung ist nach der Landesbauordnung zum größten Teil genehmigungsfrei, sodass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr keine Handhabe gegen den geplanten Abbruch hat. Lediglich für den Geschoßwohnungsbau an der Eckenerstraße wäre ein Abbruchartrag zu stellen, dieses Gebäude ist jedoch von der Bauzeit und dem Bautyp nicht dem eigentlichen Siedlungstypus zuzurechnen. Für die Entwicklung der zukünftigen Bebauung wird eine städtebauliche und architektonische Mehrfachbeauftragung durchgeführt, an der auch der Ortsamtsleiter bzw. Beiratssprecher beteiligt ist.

Für die Neubebauung ist ein Bebauungsplanverfahren durchzuführen, da für das Gebiet kein rechtskräftiger Bebauungsplan vorliegt (unbeplanter Innenbereich) und aufgrund der geplanten Größe eine Beurteilung nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB) nicht möglich ist. Die Bürgerinteressen der Mieterinnen und Mieter sowie eine Beteiligung des Beirates werden in den üblichen Verfahren im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes durchgeführt. Die VONOVIA als Grundstückseigentümerin ist bemüht, für die bisherigen langjährigen Bewohnerinnen und Bewohner eine mit deren Interessen abgestimmte Lösung zu finden, wobei für den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hier keine Einflussmöglichkeiten bestehen. Auch ein möglicher Ankauf des Grundstücks durch die GEWOBA berührt nicht die formale Zuständigkeit des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Dennoch haben die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport – die in diesem Thema federführend ist - sowie der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gemeinsam mit Vertretern der Vonovia ein Gespräch geführt und dabei ausgelotet, ob seitens der Vonovia die Bereitschaft besteht, die Flächen und Bestandsgebäude Am Sacksdamm (oder in der Holsteiner Straße) zu verkaufen. Dabei wurde deutlich, dass dies für die Vonovia keine Handlungsoption darstellt. Gleichzeitig weisen die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr darauf hin, dass sich die Wohnungen derzeit in einem baulich bedenklichen Zustand befinden und für die öffentliche Unterbringung von Obdachlosigkeit bedrohten Personen in dieser Form nicht mehr geeignet sind.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sieht in erster Linie die Vonovia in der Verantwortung, alternativen Wohnraum (möglichst im Stadtteil) für die Mieter/innen des Sacksdamms zu Verfügung zu stellen. Grundsätzlich können sich Bürgerinnen und Bürger, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, an die Zentrale Fachstelle Wohnen des Amtes für Soziale Dienste wenden. Aufgabe der Fachstelle ist es allerdings nicht, Mieterinteressen im engeren Sinne zu vertreten. Diese Aufgaben übernehmen Mieterschutzvereine, deren Inanspruchnahme von den Leistungsbehörden auch unterstützt werden kann. Die Fachstelle Wohnen ist bemüht, bei der Suche nach geeignetem Wohnraum zu unterstützen. Dabei wird auch auf Stadtteilbezüge der

betroffenen Menschen geachtet. Dennoch ist es nicht möglich, allen Ratsuchenden zu garantieren, dass sie in einer Wohnung in ihrem Stadtteil untergebracht werden bzw. diese anmieten können. Die Bewohner/innen des Sacksdamms können hier nicht grundsätzlich anders behandelt werden als andere Hilfesuchende in einer vergleichbaren Situation.

Grundsätzlich sieht die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die Notwendigkeit von spezifischen Wohnmöglichkeiten für Menschen, die im „Standard-Geschosswohnungsbau“ keine Perspektive haben und dies auch für ihre Lebensführung ablehnen. Ein solcher Wohnraum darf aber nicht gesundheitsschädigend sein und sollte Mindeststandards, wie Heizung und Warmwasser sicherstellen.

2) Aus wohnungspolitischen Erwägungen ist bis zur Neugestaltung zudem eine Zwischennutzung der vielen leerstehenden Wohnungen vor dem Hintergrund der derzeitigen Wohnungsnot unbedingt anzustreben. Günstiger Wohnraum und kleinere Wohnungen sind in Bremen derzeit kaum noch zu bekommen.

Die VONOVIA ist Grundstückseigentümerin der besagten Grundstücke, so dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr keinen Einfluss darauf hat, ob und welche Zwischennutzungen im Bestand durch die Eigentümerin vorgenommen werden. Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass auch Zwischennutzungen gewissen Baustandards (gesunde Wohnverhältnisse) unterliegen. Dies ist, nach Auskunft der VONIVA, in vielen der leerstehenden Wohnungen derzeit nicht gegeben.

Kenntnisnahme.

Anhörung Goliathstraße – Behinderung der Radfahrer durch abbiegende Fahrzeuge

Nach kurzer Diskussion beantragt Herr Kerber eine Überprüfung durch das ASV zur Aufstellung eines Verkehrszeichens „Stoppschild“ in der Goliathstraße / Pfalzburger Straße.

Herr Hermening lässt über den vorgetragenen Prüfauftrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Löhmann
Sprecherin

gez. Lüerssen
Protokoll